

# **Schulstandorte in Eigenverantwortung festlegen!**

## **Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht durch eine mißbräuchliche Rechtsaufsicht von Landesbehörden ausgehebelt werden!**

Am 30. Mai 2006 wurde vom Stadtrat bereits ein Beschluß über die zukünftigen Standorte der Grund- und der Mittelschule in Neustadt gefaßt: die Grundschule sollte in das Gebäude des Gymnasiums umziehen und der Standort der Mittelschule erhalten bleiben. Das Regionalschulamts hatte diesen Beschluß dann auch mit Schreiben von 23.06.2006 anerkannt, allerdings eine Unterstützung der Umstrukturierung durch Fördermittel abgelehnt.

Das Regionalschulamts hat sich damit gegen die finanziellen Voraussetzungen für die notwendige Umstrukturierung der Schulstandorte und damit auch indirekt gegen die praxisorientierte Fachkompetenz der Lehrerghremien der betroffenen Schulen gestellt. Und das, obwohl für eine Umstrukturierung nach den Vorstellungen des Regionalschulamtes Fördermittel zur Verfügung gestanden hätten.

Wie ist dieses Verhalten des Regionalschulamtes gegenüber dem Stadtrat und den betroffenen Schulen zu werten?

Dieser Vorgang zeigt, daß Entscheidungen, die in kommunaler Zuständigkeit getroffen werden und rechtsgültig Bestand haben, immer öfter von den Rechtsaufsichtsbehörden des Freistaates torpediert und die Durchsetzung von Beschlüssen rechtsmißbräuchlich außer Kraft gesetzt werden.

Wir Nationaldemokraten vertreten die Auffassung, daß der Beschluß über die Umstrukturierung der Grund- und der Mittelschule in Neustadt rechtsgültig ist und damit auch ein Rechtsanspruch auf Zuweisung von Fördermitteln für die Verwirklichung dieses Beschlusses besteht.

Deshalb hat die NPD im Stadtrat einen Änderungsantrag eingebracht, in dem die bereits getroffene Beschlußfassung bekräftigt und Bürgermeister Grützner dazu verpflichtet werden sollte, sich für die Auszahlung der beantragten Fördermittel einzusetzen und den Stadtrat detailliert und zeitnah über die Entwicklung in dieser Angelegenheit zu berichten.

Die CDU stimmte erwartungsgemäß gegen diesen Antrag und damit gegen den Mehrheitswillen der Bürger Neustadts und der betroffenen Schüler. Die Stadträte der Fraktion „Neustädter für Neustadt“ hielten dagegen an ihrer Position fest und unterstützten den Antrag. Die PDS enthielt sich der Stimmen und zeigte damit einmal mehr, daß sie nicht bereit ist, Farbe in dieser wichtigen Entscheidung zu bekennen.

Der Änderungsantrag der NPD wurde abgelehnt und damit auch die Möglichkeit, durch einen Widerspruch gegen die Entscheidung des Regionalschulamtes den ursprünglich gefaßten Beschluß doch noch umzusetzen.

**Das Fazit der NPD in dieser Angelegenheit lautet: Wenn wichtige Entscheidungen in Zukunft nicht mehr tatsächlich vom Stadtrat entschieden, sondern von übergeordneten Stellen getroffen werden, dann hat die kommunale Selbstverwaltung ihren Sinn verloren. Durch die Unentschiedenheit der PDS-Stadträte hat sich Neustadt eine wichtige Entscheidung aus der Hand nehmen lassen. Bei der nächsten Wahl müssen die Bürger in Neustadt daraus die richtigen Konsequenzen ziehen! Bei der nächsten Wahl gibt es nur eine Wahl: NPD für Neustadt!**

